

Pflegeversicherung in Diskussion

Pflegekosten Dass der demografische Wandel Konsequenzen haben wird, liegt auf der Hand. Dazu könnte auch die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung gehören, wie Regierungsrat Mauro Pedrazzini nun durchblicken liess.

VON HOLGER FRANKE

«Als weitere Form des zielgerichteten Sparens gilt es zu überlegen, ob eine Pflegeversicherung in geeigneter Form gestaltet werden kann, damit die öffentliche Hand in Zukunft von der Finanzierung der Pflegekosten weitgehend entlastet werden kann.» Mit diesem Satz in der Postulatsbeantwortung zur demografischen Entwicklung (das «Volksblatt» berichtete) dürfte eine Diskussion in Gang kommen, ob eine Pflegeversicherung in absehbarer Zeit für Liechtenstein infrage kommt.

Ministerium bestätigt Überlegungen

Regierungsrat Mauro Pedrazzini bestätigte auf «Volksblatt»-Anfrage entsprechende Überlegungen: «Die Idee ist nicht neu, aber sie gewinnt durch

die grundsätzliche Beschäftigung mit den Systemen der Altersvorsorge wieder an Aktualität.» Die Pflegeausgaben könnten laut Schätzungen von knapp 27 Millionen Franken im Jahr 2010 auf bis zu knapp 150 Millionen Franken im Jahr 2060 ansteigen. Da im heutigen System Staat und Gemeinden einen grossen Teil der Kosten tragen, werden die Belastungen für die öffentliche Hand somit drastisch zunehmen. «Das heutige System ist daher zu hinterfragen und es sind Alternativen zu prüfen», argumentiert Pedrazzini im «Volksblatt». Durch eine Pflegeversicherung würden Einsparungen bei den Gemein-

«Aus Sicht des Staates wäre es wünschenswert, wenn jeder über eine solche Versicherung verfügt.»

MAURO PEDRAZZINI
MINISTER FÜR GESELLSCHAFT

den, den AHV-Ergänzungsleistungen, den Krankenkassen, den Subventionen für die Alters- und Pflegeheime und auch beim Betreuungs- und Pflegegeld realisiert. «Wenn in einem System Kostenwahrheit herrscht und die Vollkosten bezahlt werden, öffnen sich Möglichkeiten für private Anbieter», ist Pedrazzini überzeugt.

Noch keine konkreten Pläne

Bereits in ihrer Postulatsbeantwortung hatte die Regierung deutlich gemacht, dass es angesichts der demografischen Veränderungen ein Ziel sein müsse, dass die heute aktive Generation die in Zukunft entste-

henden Kosten für die Lebenshaltung inklusive der Pflege möglichst aus eigenen Mitteln bestreiten können sollte. Hierbei sind grundsätzlich zwei Wege denkbar, wie Regierungsrat Mauro Pedrazzini ausführt: «Eine freiwillige private Pflegeversicherung kann individuell nützlich sein. Aus Sicht des Staates wäre es aber wünschenswert, wenn jeder Einwohner über eine solche Versicherung verfügt, damit die Belastungen für die öffentliche Hand reduziert werden könnten. Bezahlbar für den Einzelnen wird ein solches System nur, wenn eine gewisse Solidarität hergestellt wird, ähnlich wie bei einer Krankenversicherung.» Konkrete Pläne gebe es bislang nicht. Das Thema könnte jedoch bald im Landtag grundsätzlich diskutiert werden. Interview Seite 5